



Nicola Beer MdL
Generalsekretärin der FDP

Freie Demokratische Partei
Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T: 030 284958-81
F: 030 284958-82
nicola.beer@fdp.de
www.fdp.de

Berlin, 15. Oktober 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Referentenentwurf des geplanten GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes liegt inzwischen vor. Sehr viele der geplanten gesetzgeberischen Regelungen widerstreben einem liberal denkenden Menschen, da sie das deutsche Gesundheitswesen weiter in Richtung einer staatlich dirigistischen Medizin bringen und dem Prinzip der Freiberuflichkeit der medizinischen Versorger in Deutschland zutiefst widersprechen.

Dr. Peter Zimmermann ist Mitglied der FDP. Er hat sich entschlossen, eine Petition Online zu stellen, die den Bundestag dazu auffordert, weitere Zwangsmaßnahmen im deutschen Gesundheitssystem zu verhindern. Die Petition finden Sie im Anhang.

Das FDP-Bundespräsidium und auch der Landesvorstand der FDP Bayern haben beschlossen, diese Petition zu unterstützen. Deshalb bitten wir Sie und Ihren Berufsverband im Namen der FDP ebenfalls um Unterstützung für diese Petition. Wir möchten Sie bitten, dass Sie Ihre Mitglieder über die Möglichkeit der Mitzeichnung der Petition unter www.change.org informieren und für die Mitzeichnung werben. Die Zeichnungsfrist beginnt am 20.10.2014.

Mit Ihrer Hilfe sollte es uns möglich sein, das notwendige Quorum für eine öffentliche Anhörung innerhalb der geforderten 4 Wochen zu erreichen und damit den Gesetzgeber zu zwingen, öffentlich zu seinen Plänen und den damit verbundenen befürchteten Auswirkungen Stellung zu nehmen.

Für Ihre Unterstützung im Voraus herzlichen Dank!

Ihre

Gegen staatliche Zwangsmaßnahmen – für mündige Patienten – für freie Ärzte, Apotheker und Therapeuten

Wir ersuchen den deutschen Bundestag auf die geplante Gesetzgebung im Versorgungsstärkungsgesetz dahingehend einzuwirken, daß geplante Zwangsmaßnahmen verhindert werden und der zunehmende staatliche Einfluß im Gesundheitswesen wieder zurückgedrängt wird. Die geplanten Gesetzesvorhaben gefährden die Rechte und Freiheit der Bürger.

Begründung:

Die medizinische Betreuung von Patienten erfordert ein besonderes Vertrauensverhältnis, in dem sich der Patient darauf verlassen kann, dass ihn sein Arzt, Apotheker oder Therapeut individuell und unabhängig berät. Dieses muss nach bestem medizinischem Wissen, nur dem Patienten verpflichtet, unbeeinflusst und nicht durch staatliche Zwänge erfolgen. Garant für dieses besondere Vertrauensverhältnis ist insbesondere der Status eines freien Berufes, den der Gesetzgeber bisher besonders herausgehoben und geschützt hat. Dabei stellt sich der Arzt, der Apotheker, der Therapeut oder die Pflegekraft freiwillig nicht nur in den Dienst des einzelnen Patienten, sondern trägt auch zur Gesunderhaltung der ganzen Bevölkerung bei.

Die von der jetzigen Regierung unter der Federführung des Bundesgesundheitsministers geplanten Reformen des Gesundheitswesens bedrohen diese Eigenschaften des freien Berufes und damit auch die unabhängige medizinische Betreuung des Patienten. Die geplanten Maßnahmen sind geprägt von staatlichem Zwang. Sie überführen das deutsche Gesundheitswesen in eine bürokratische Zwangsverwaltung von Kranken und Pflegebedürftigen.

Insbesondere sind dies:

Zwangsterminierung in deutschen Arztpraxen

Dem Patienten wird willkürlich ein beliebiger Facharzt zugeteilt, der ihn nicht kennt und den er nicht kennt. Dafür soll eine zentrale Terminservicestelle eingerichtet werden, die nichtärztlich besetzt ist und trotzdem die Dringlichkeit feststellen soll. Diese Maßnahme ist patientenfeindlich, hochbürokratisch und sehr teuer. Sie bedeutet die Abschaffung der freien Arztwahl und führt nicht zur Lösung des Problems.

Zwangsterminierung in deutschen Krankenhäusern

Da die Terminservicestelle auch an Krankenhäuser verweisen soll, werden dadurch die Kapazitäten für die Sicherstellung der stationären Behandlung verringert. Stattdessen sollen die Krankenhäuser wie bisher bedarfsgerecht und bezogen auf spezielle Krankheitsbilder in die ambulante Versorgung von Patienten eingebunden bleiben.

Zwangsschließung von Arztpraxen in sogenannten „überversorgten“ Gebieten

Im Widerspruch zur Zwangsterminierung steht die geplante Zwangsschließung von Arztpraxen in sogenannten „überversorgten“ Gebieten. Dies führt zu einer weiteren Verschlechterung der Patientenversorgung und vernichtet Arbeitsplätze.

Diese geplanten Zwangsmaßnahmen gefährden die schützenswerte Arzt-Patienten-Beziehung.